Zinswirkungen den Gebührenpflichtigen zu Gute kommen, soweit nicht tatsächliche Fremdkapitalzinsen kalkuliert werden. Im Falle der Führung der Abfallentsorgungseinrichtung als Eigenbetrieb gewährt der Eigenbetrieb ein Darlehen an den Haushalt, für das der Haushalt nach § 13 EigBVO angemessene Zinsen zu entrichten hat.

Zwecks sachgerechter Berücksichtigung des o. g. Zinsvorteils wären die **vorussichtlichen Nachsorgekosten abzuzinsen**. Da die voraussichtlichen Nachsorgekosten einerseits mit Preissteigerungsraten auf die einzelnen Jahre des Nachsorgezeitraums hochzurechnen und andererseits auf die einzelnen Jahre der Nutzung der Abfallentsorgungsanlage aufzuteilen sind, wären die einzelnen (hochgerechneten) Jahresbeträge des Nachsorgezeitraums zunächst auf den Zeitpunkt der Stilllegung der Abfallentsorgungsanlage abzuzinsen. Anschließend wäre der sich danach ergebende Gesamtbetrag der voraussichtlichen Nachsorgekosten in einem weiteren Schritt bei der Aufteilung auf die einzelnen Jahre der Nutzung der Abfallentsorgungsanlage nochmals auf den jeweiligen Zeitpunkt der Einbeziehung in die Gebührenbemessung abzuzinsen. Je nach Verwendung der vorzeitig erwirtschafteten Gebührenanteile bieten sich zur Ermittlung der Abzinsungsfaktoren folgende **Zinssätze** an:

- Kalkulatorischer Zinssatz bzw. durchschnittlicher Fremdzinssatz des Haushalts oder Eigenbetriebs (s. hierzu auch Kennzahl 12.00 Nr. 2.5.4.6) bei ausschließlicher Verwendung zur Finanzierung des Anlagevermögens der Abfallentsorgungseinrichtung,
- durchschnittlicher Zinssatz für Geldanlagen bei einer (in der Praxis wohl selten vorkommenden) ausschließlichen Verwendung als Geldanlage,
- jeweils vom Haushalt zu entrichtender Zinssatz bei Verwendung als inneres Darlehen bzw. Darlehen einer als Eigenbetrieb geführten Abfallentsorgungseinrichtung an den Haushalt,
- entsprechend gewichteter Mischzinssatz bei gemischter Verwendung.

Wenn anstelle der Abzinsung eine **Zinsgutschrift aus den erwirtschafteten Gebührenanteilen** für die voraussichtlichen **Nachsorgekosten** ermittelt und gebührenentlastend berücksichtigt wird, ist zwar ebenfalls gewährleistet, dass die Gebührenzahler insgesamt voraussichtlich nicht stärker als notwendig belastet werden. Diese Variante erscheint aber dennoch methodisch **nicht sachgerecht** bzw. wegen der angesichts der langen Zeitabstände differierenden Benutzerkreise nicht verursachergerecht. Bei dieser Variante ist nämlich die Entlastungswirkung vom Bestand der vorzeitig erwirtschafteten Gebührenanteile für spätere Nachsorgekosten abhängig. Sie steigt daher im Laufe der Nutzungsdauer und erreicht ihren Höchstwert zum Zeitpunkt der Stilllegung der Anlage. Dadurch werden die Gebührenzahler des ersten Nutzungsjahres am geringsten und die Gebührenzahler des letzten Nutzungsjahres der Anlage am stärksten entlastet, obwohl erstere hinsichtlich des zeitlichen Abstands zwischen der Gebührenzahlung und dem tatsächlichen Anfall der Nachsorgekosten am stärksten und letztere am wenigsten in Vorleistung treten.

In der Praxis kommen auch häufig **vereinfachte Verfahren** zur Anwendung, bei denen auf die Verwendung einer **Preissteigerung** und auf die **Abzinsung verzichtet** wird. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich Preissteigerung und Abzinsung gegenseitig kompensieren und deshalb entbehrlich sind. Diese Annahme trifft im Normalfall nicht zu, da die für die Abzinsungsfaktoren maßgeblichen Zinssätze i. d. R. höher sind als die Preissteigerungsraten. Gleichwohl werden solche vereinfachten Verfahren seitens der Kommunalaufsicht und der überörtlichen Prüfung aus Gründen der Verwaltungspraktikabilität akzeptiert, da Prognosen über derart lange Zeiträume ohnehin mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind.

Zur Verwendung der Zinserträge aus den erwirtschafteten Gebührenanteilen für spätere Nachsorgekosten s. Nr. 1.1.3.3.

Zur Problematik der Nachsorgekosten im Zusammenhang mit der kalkulatorischen Verzinsung des Anlagekapitals s. Nr. 1.1.3.4.

Die **Aufteilung der voraussichtlichen Nachsorgekosten auf die einzelnen Jahre der Nutzung der Anlage** kann nach dem Verhältnis des Nutzungsumfanges in den einzelnen Jahren oder einheitlich pro Jahr vorgenommen werden. Aus Gründen der

Verursachergerechtigkeit gebührt zumindest bei Abfalldeponien der ersteren Variante der Vorzug. Soweit allerdings über die Nutzung der Anlage in der Vergangenheit verursachte künftige Nachsorgekosten bislang nicht bzw. nicht in ausreichendem Umfang erwirtschaftet worden sind und während der Restnutzungsdauer der Anlage nachträglich über Gebühren finanziert werden, ist dagegen eine gleichmäßige Aufteilung auf die Restnutzungsdauer der Anlage sinnvoll. Dieser Teil der Nachsorgekosten ist nämlich unabhängig vom Umfang der Inanspruchnahme der Abfallentsorgungsanlage während deren Restnutzungsdauer.

Bei Deponien werden z. T. bereits während der Verfüllzeit Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen durchgeführt. Die gebührenrechtliche Behandlung der dabei entstehenden Kosten ist differenziert zu beurteilen. Wenn sich die Maßnahmen auf künftig zu verfüllende Abschnitte beziehen, sind die Kosten über den Ansatz kalkulatorischer Abschreibungen und Zinsen (möglichst proportional zur Verfüllmenge) auf die Verfüllzeit der betreffenden Abschnitte bzw. auf die Nutzungsdauer der geschaffenen Anlagegüter (soweit diese kürzer ist) zu verteilen. Wenn sich die Maßnahmen auf bereits verfüllte Abschnitte beziehen, erfolgt die Kostenverteilung auf die einzelnen Perioden des Verfüllzeitraums der Deponieabschnitte nach demselben Verfahren wie bei Maßnahmen nach der Verfüllung der Deponie. Wenn sich die Maßnahmen sowohl auf bereits verfüllte als auch auf zukünftig zu verfüllende Deponieabschnitte beziehen, sind die Aufwendungen proportional zu den Verfüllmengen teilweise durch den Ansatz von Kosten für Rekultivierung und Nachsorge (im Wege der Vorverteilung) und teilweise durch Abschreibungen (im Wege der Nachverteilung) zu berücksichtigen. Erstreckt sich die Nutzung der geschaffenen Anlagen über das Ende der Gesamtverfüllzeit der Deponie, beschränkt sich die Verteilung auf die Zeit bis zur Stilllegung der Deponie. Bezüglich der Verteilung der Ausgaben für „Betrieb und Unterhaltung“ wäre aus Gründen des verursachungsgerechten Ausweises des Ressourcenverbrauchs zu fordern, dass diese gleichfalls wie die Investitionsausgaben bereits anteilig in den Perioden erfasst werden, die vor der Durchführung der Maßnahme liegen. Sofern das Ende des betrachteten Zeitraums jedoch vor dem Ende der Gesamtverfüllzeit der Deponie liegt, kann aus Vereinfachungsgründen hierauf verzichtet werden. Die Aufwendungen für „Betrieb und Unterhaltung“ sind dann in den Perioden als Kosten anzusetzen, in denen sie tatsächlich anfallen. Liegt das Ende des betrachteten Zeitraums jedoch nach dem Ende der Gesamtverfüllzeit der Deponie, hat eine Kostenverteilung auf die Perioden der Gesamtverfüllzeit zu erfolgen.

1.1.3.3 Zinserträge aus erwirtschafteten Gebührenanteilen für spätere Nachsorgekosten

Die aus den **Gebührenanteilen für spätere Nachsorgekosten erwirtschafteten Zinsen** (kalkulatorische Zinsen, Zinsen für innere Darlehen bzw. für Darlehen einer als Eigenbetrieb geführten Abfallentsorgungseinrichtung an den Haushalt oder Geldanlagezinsen) **sollten gebührenneutral der Nachsorgerückstellung** bzw. -rücklage **zugeführt werden**, um sicherzustellen, dass im Bedarfsfall für die Deponienachsorge in ausreichendem Umfang Mittel bereitstehen. Dies wird auch im KGSt-Bericht Nr. 2/1995 (Ausgaben für die Rekultivierung und Nachsorge kommunaler Deponien – Kostenrechnerische, gebührenrechtliche und haushaltsrechtliche Behandlung – Teil II.4 des Gutachtens „Kostenrechnung in der Kommunalverwaltung“) empfohlen. Die Erhöhung der Rückstellung bzw. Rücklage um die erwirtschafteten Zinsen ist erforderlich, um die bei der Bemessung der laufenden Zuführungsraten zu berücksichtigende Abzinsung (s. hierzu Nr. 1.1.3.2) zu kompensieren. Beim vereinfachten Verfahren (Verzicht auf Preissteigerungsrate und Abzinsung, s. Nr. 1.1.3.2) wird die Erhöhung um die erwirtschafteten Zinsen zum Ausgleich der zu erwartenden, aber bei der Gebührenbemessung nicht berücksichtigten Preissteigerung benötigt. Wenn ein Verzicht auf die Erhöhung der Rückstellung bzw. Rücklage um eine Verzinsung dazu führt, dass im Bedarfsfall nicht genügend Mittel zur Finanzierung der Nachsorgekosten bereitstehen, kann das insofern verursachte Defizit grundsätzlich nicht mehr nach § 18 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. c KAG über Ge-